

allerdings glauben wir, daß wir uns durch unsere bisherige Tätigkeit ein Anrecht auf einige Ratschläge an die Provisorische Regierung erworben haben. Diese drei Fragen möchte ich nun kurz behandeln.

Die erste Frage betrifft die ehemaligen Mitglieder der NSDAP. Die Nationale Front beruht auf dem Zusammenschluß aller Deutschen guten Willens. In einem zerrissenen Deutschland bedeutet dies zunächst einen Zusammenschluß aller vaterlandsliebenden Deutschen über alle Zonengrenzen hinweg. Die Nationale Front fordert darüber hinaus aber ein Bündnis von den alten Antifaschisten bis zu denen, die einst Hitler irrig folgten. Wir verweisen besonders auf das Manifest, das der Deutsche Volkskongreß im Mai dieses Jahres erlassen hat. Dort heißt es wörtlich:

Der Ruf ergeht auch an jene Deutschen, die bisher in der Nationalen Front keine Betätigung finden konnten. Auch die früheren Nationalsozialisten haben die Möglichkeit, durch ihre Mitarbeit zu zeigen, daß sie ihrem Vaterlande ehrlich und aufrichtig dienen wollen.

Es ist selbstverständlich, daß die Forderung auf Einbeziehung der ehemaligen Mitglieder der NSDAP engsten« verbunden ist mit einer Forderung an die ehemaligen Mitglieder der NSDAP selbst. Es geht darum, daß sie ihren früheren Irrtum ehrlich eingestehen und nicht nur durch Worte, sondern durch Taten beweisen, daß es ihnen ernst ist, am Bau eines neuen, demokratischen Deutschlands teilzunehmen. Diese ehrliche, innere Wandlung und ihre Erhärtung durch die Tat fordern wir in jedem Falle von den ehemaligen Mitgliedern der NSDAP. Sie ist in gleicher Weise für uns Maßstab für die Beurteilung ehemaliger Berufssoldaten und Berufsoffiziere.

Die Frage löst sich aber nicht dadurch, daß man den ehemaligen Mitgliedern der NSDAP, den Berufssoldaten und Berufsoffizieren Pflichten auferlegt, sondern dazu gehört, daß wir ihnen auch die Möglichkeit geben, einen neuen Weg zu gehen. Deshalb begrüßen wir die in der Regierungserklärung angekündigte staatsbürgerliche und berufliche Gleichberechtigung dieser Personengruppen. Wir möchten dabei aber nicht verhehlen, daß noch eine große Zahl einzelner Vorschriften notwendig ist, um die angekündigte gesetzliche Gleichberechtigung vor jeder Entstellung zu bewahren. Wir haben in letzter Zeit in unserer Presse viele solcher Einzelfragen aufgeworfen, die noch einer Klärung bedürfen. Ich erinnere zum Beispiel nur daran, daß es im Jahre 1949 noch vorkommt, daß Menschen, die seit 1945 in beruflicher Stellung gearbeitet haben, wegen ihrer ehemaligen Mitgliedschaft zur NSDAP entlassen werden. Oder ich erinnere daran, daß trotz erlassener Amnestie immer noch vereinzelt Gerichtsverfahren gegen ehemalige Mitglieder der NSDAP durchgeführt werden. Ich erinnere schließlich daran, daß die auf Grund des Befehls 201 bzw. der Direktive 38 ausgesprochenen Sanktionen und Sühnemaßnahmen bis heute unbefristet sind.

Die Fraktion der National-Demokratischen Partei Deutschlands hat mich beauftragt, mit aller Schärfe zu betonen, daß wir nicht weniger als andere Parteien um den Schutz und die Sicherung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung besorgt sind. Wir sind aber der Meinung, daß nicht der der antifaschistisch-demokratischen Ordnung dient, der jedes ehemalige Mitglied der NSDAP von allen Stellen in seinem Geschäftsbereich auszuschließen sucht, sondern derjenige, der die ehemaligen Mitglieder der NSDAP zur aufrichtigen Mitarbeit in den Dienst der antifaschistisch-demokratischen Ordnung einstellt.

(Beifall bei der NDPD)

Eine andere als diese unsere Auffassung wird nichts anderes erreichen, als Menschen guten Willens in die

Arme jener Kreise zu treiben, die ein Interesse daran haben, den Fortschritt zu hemmen. Dies gilt es zu verhindern.

Wir sind trotz der vom Herrn Ministerpräsidenten angekündigten gesetzlichen Regelung noch einmal so ausführlich auf die Frage der ehemaligen Mitglieder der NSDAP, der Berufssoldaten und Berufsoffiziere zurückgekommen, weil uns das Schicksal von Hunderttausenden dieser Menschen am Herzen liegt, weil es uns darum geht, eine brennende Frage der Festigung der Nationalen Front zu lösen. Um unseren Teil zur endgültigen Lösung der Frage der Schaffung einer wirklichen Gleichberechtigung beizutragen, werden wir uns gestatten, in den nächsten Tagen das Gutachten des Rechtsausschusses unserer Partei der Provisorischen Regierung vorzulegen, das eine eingehende Stellungnahme zu allen auftauchenden Fragen enthält.

Die zweite Frage, auf die wir uns einen Hinweis gestatten machen, ist die Frage des deutschen Handwerks. Wir sind einverstanden mit der diesbezüglichen Erklärung des Ministerpräsidenten, machen aber bei dieser Gelegenheit den Minister für Wirtschaftsplanung darauf aufmerksam, daß er mit der Übernahme der betreffenden Aufgaben der Deutschen Wirtschaftskommission auch unser Sechs-Punkte-Programm für das Handwerk übernimmt, das noch der Beantwortung harret. In diesem Sechs-Punkte-Programm werden vor allem folgende Fragen angeschnitten: Die Fragen der Sicherung der Existenz und der Leistungsfähigkeit des deutschen Handwerks durch entsprechende Materialzuteilungen und Förderung des Genossenschaftswesens unter richtiger Abgrenzung des Handwerkerbetriebes vom Industriebetrieb. Dazu gehört auch, daß der handwerkliche Nachwuchs durch die Gewährung von Ausbildungszuschüssen garantiert wird. Ferner die Angleichung der Preiskalkulation des Handwerks an die heutigen Materialpreise und Löhne. Schließlich die materielle und moralische Anerkennung der Leistungen des Handwerkes im demokratischen Wirtschaftsaufbau, wobei wir besonders auf die gleichberechtigte Versorgung des Handwerks mit Lebensmitteln und Gebrauchsgütern aufmerksam machen.

Ähnlich wie beim Handwerk liegen die Verhältnisse beim privaten Einzelhandel. Auch hier hat unsere Partei immer wieder gefordert, daß der Einzelhandel, der eine große Schicht unserer Bevölkerung umfaßt, auf die Grundlage eines gleichberechtigten Wettbewerbes in der dem gesamten Handel obliegenden Aufgaben gestellt wird.

Es sind hier besonders die Fragen der Bezugs- und Verkaufsberechtigung von Waren, einer den berechtigten Ansprüchen des Einzelhandels Rechnung tragenden Preiskalkulation sowie der Kreditierung, die einer Lösung bedürfen. Wir stellen diese Fragen, weil wir der Auffassung sind, daß auch ihre Lösung einen wichtigen Beitrag zur Festigung und Erweiterung der Nationalen Front darstellt.

Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, die zu überwinden sind. Wir sind jedoch der Ansicht, daß die Deutsche Wirtschaftskommission in der Behandlung dieser Probleme sowohl der politischen wie der wirtschaftlichen Bedeutung dieser Schichten bisher in ungenügendem Maße Rechnung getragen hat. Wir lenken daher die Aufmerksamkeit des Ministers für Wirtschaftsplanung auf die bestehenden Mängel und fordern, daß feste Grundlagen für die Sicherung der Lebensfragen des Handwerks und des Einzelhandels geschaffen werden.

Schließlich möchte ich noch kurz auf eine dritte Frage eingehen, die uns wichtig erscheint — eine Frage, die mit unseren Hochschulen zusammenhängt: die Zulassungsbestimmungen für die Hochschulen. Das Wesen dieser Bestimmungen liegt darin, daß sie